

# rote blätter extra

Organ des MSB SPARTAKUS

April 1972

## RCDS wittert Morgenluft

So notwendig es auch ist, sich mit den falschen Auffassungen der Maoisten und anderer sektiererischer Gruppen über Charakter und Aufgaben des VDS ausz einanderzusetzen – eine Verwirklichung ihrer Vorstellungen würde die Liquidation des VDS bedeuten – so wäre es äußerst kurzsichtig, darüber die rechten Gruppen und insbesondere den RCDS zu vergessen.

Der RCDS z. B. kann nur schlecht seine Freude darüber verhehlen, daß nach 2 Jahren erfolgreicher VDS-Politik jetzt wieder von einer Krise geredet werden kann. Was den RCDS „high“ macht, ist vor allem die Tatsache, daß die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung auf der MV keine Mehrheit gefunden hat und daß es gegen SPARTAKUS gegangen ist. Darüber zeigt sich auch die DSU äußerst beglückt. Ebenso wie verschiedene Sektierergruppen spricht die DSU von „kompro mißloser Machtpolitik des MSB“.

So zeigt sich die RCDS Stuttgart sehr befriedigt darüber, daß der Stuttgarter AStA (KSG/ML) das „ehrliche“ Wort von der „SPARTAKUS-Parteizentrale VDS“ gebraucht habe. Besser könnte man es auch nicht sagen. Und die selbstverständliche Konsequenz daraus sei ja wohl, daß man diese „Parteizentrale“ nicht länger finanzieren dürfe.

Gegen den Abbau demokratischer Rechte – für Frieden und Abrüstung

## Aufgaben der demokratischen Studentenbewegung

Die demokratische Studentenbewegung ist stärker geworden. Das haben die Massenaktionen des vergangenen Semesters gezeigt. 40 000 Studenten demonstrierten unter den Lösungen des vds gegen das Hochschulrahmengesetz. In den Aktionstagen des

vds gegen die Berufsverbote, in zahllosen örtlichen demokratischen Bewegungen hat sich die Erkenntnis gefestigt: Die beste Waffe im Kampf ist einheitliches, solidarisches und organisiertes Handeln, jede Zersplitterung nützt nur der Reaktion.

Und immer mehr Studenten haben begriffen: Der Hauptfeind in diesem Kampf ist das Monopolkapital, sind die Konzernbosse, Finanzmagnaten und Rüstungsprofiteure. Sie sind es, die mit Hilfe der staatlichen Behörden eine mit der Elle des Profits maßgeschneiderte Formierung der Ausbildung durchsetzen wollen, den Bildungsnotstand verewigen, und die demokratischen Rechte aller, die dagegen aufbegehren, beschränken. Denen dazu jedes Mittel recht ist, von der zügellosen Hetze der Springererzeugnisse und des Löwenthal-Magazins gegen demokratische Hochschulangehörige bis zum offenen Verfassungsbruch, der „Portugalisierung“ des öffentlichen Dienstes durch den Berufsverbotserlaß.

Die Frage gilt es zu beantworten: Welche Aktionsziele müssen im Mittelpunkt der Kämpfe der Studenten in diesem Semester stehen, welche Aufgaben hat die demokratische Studentenbewegung, wie und mit wem gemeinsam muß sie diese Aufgaben lösen? Der Kampf um ein demokratisches Bildungswesen steht in engem Zusammenhang mit dem für Frieden und Abrüstung. Nur die Senkung des Rüstungshaushalts bringt die für eine solche Bildungsreform nötigen Mittel. Die sozialen, materiellen und politischen Forderungen der Studenten lassen sich nur unter friedlichen

schen den Gegnern und den Befürwortern der Verträge, zwischen den Kräften des Rüstungskapitals und des Militarismus und der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes muß die Studentenbewegung eindeutig Stellung beziehen. Die Ultrarechten dürfen nicht durchkommen! Ratifizierung und

im Bundestag, der Kampf für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau im Mittelpunkt auch der Aktivitäten der Studentenbewegung stehen.

Alle die Frieden und Entspannung wollen, müssen jetzt handeln, in gemeinsamen oder gleichgerichteten Aktionen den

Kampftag der Arbeiterklasse, für ihre sozialen und politischen Forderungen und für die Ratifizierung der Verträge demonstrieren.

### Bündnisse ausbauen und erweitern!

Die CDU/CSU ist nicht nur der ärgste Feind jeder Entspannungs-



**Das VDS-Konzept der CDU/CSU-Studenten ist einiger Überlegungen wert. Es ist sozusagen ein Konzept der „Doppelstrategie“.**

- Zum einen werden die Gerichte bemüht, um auf diese Weise des VDS das politische Mandat abzusprechen und um gleichzeitig zu erreichen, daß den ASTen untersagt wird, Beiträge an den VDS zu zahlen. Dadurch soll der VDS handlungsunfähig gemacht werden.
- Zum anderen wird der „fehlende Pluralismus“ im VDS beklagt und ein Papier vorgelegt, daß garantieren soll, daß alle politischen Gruppierungen im VDS repräsentiert sind. Nicht die ASTen und Fachschaffen sollen die Basis des VDS bilden, sondern sogenannte Landesstudentenparlamente, die wiederum von den Studentenparlamenten gemäß ihrer Zusammensetzung besichtigt werden. Auch dadurch soll der VDS handlungsunfähig gemacht werden.

Nicht Transparenz der VDS-Arbeit wäre die Folge der RCDS-Vorstellungen, sondern unkontrollierbare Mau schelpolitik und die freiwillige Aufgabe der verfaßten Studentenschaft. Die beste Art und Weise dem RCDS und seiner studentenfeindlichen Politik das Wasser abzugraben ist es, dem VDS auf seiner a. o. MV ein politisches Programm zu geben, das es ihm erlaubt, seine bisherige Politik erfolgreich weiterzuentwickeln.

## In dieser Ausgabe:

Die Aufgabe der demokratischen Studentenbewegung . . . . .	1
Weg mit dem Sozialistengesetz . . . . .	1
RCDS wittert Morgenluft . . . . .	1
Links gleich rechts? Interview mit Max Reimann . . . . .	2
24. o. MV des VDS:	
Demokratischer Dachverband oder Sektiererclub? . . . . .	3
Die Grundlage der Einheit im VDS . . . . .	3
Zu zwei „Kritik“-Punkten . . . . .	4
Bleibt das Hochschulrahmengesetz auf der Strecke? . . . . .	4

### Rote Blätter Nr. 5, April, erschienen!

Herausgegeben vom Bundesvorstand des MSB Spartakus

#### Aus dem Inhalt:

- Über die 24. o. VDS-MV
- Revolutionärer Massenkampf an der Hochschule
- Der Maoismus – die neue Stufe des Revisionismus
- Probleme der Kulturarbeit
- Politisches Referat der 4. Bundesvorstandstagung

Erhältlich an allen Spartakus-Büchertischen oder über den Bundesvorstand.

## Studenten müssen Stellung beziehen

Die ultrarechten Kräfte der CDU/CSU samt ihrem neonazistischen Anhang versuchen in diesen Wochen, die Verträge mit allen Mitteln zu Fall zu bringen, um unser Land in die Schützengräben des Kalten Krieges zurückzuzerren und die Politik der Todfeindschaft gegen den Sozialismus, der Anheizung der Spannungen, der militärischen Konfrontation und der Hochrüstung zu verewigern. In der Auseinandersetzung zwis-

Entspannung nützen unserem Kampf. Denn das Klima des kalten Krieges war es schließlich, in dem die Sumpfbüten des Antikommunismus und Revanchismus in unseren Seminaren und Schulstuben gediehen, in dem man mit Erfolg jede demokratische, systemkritische Regelung als „von Panikow gesteuert“ abwürfen konnte, in dem man der Mehrheit der Bevölkerung einreden konnte, Starfighter und Leopardpanzer seien wichtiger als Schulen, Krankenhäuser und Universitäten.

- Deshalb muß in den Wochen bis zum 3./4. Mai, dem Datum der Ratifizierungsabstimmung

Willen des Volkes unüberhörbar machen. Die geschlossene Front der Vertragsbefürworter müssen wir in den kommenden Wochen an den Hochschulen durch Entschließungen, Veranstaltungen und Kundgebungen stärken. Das Interesse an der Ratifizierung verbindet uns mit den Arbeitern und ihren Gewerkschaften. Diese Gemeinsamkeit gilt es, verstärkt zum Ausdruck zu bringen. Dies müssen wir auch dadurch tun, daß wir unsere Solidarität mit den Arbeitern und Angestellten bekunden, die am ersten Mai, dem internationalen

politik, sie ist es auch, die am entschiedensten die Politik der verfassungswidrigen Berufsverbote ausweiten möchte. Gegen sie und die rechten Führungskräfte der Sozialdemokratie, die sich durch ihre Zustimmung zu diesem verfassungswidrigen Ausnahmerecht dem Monopolkapital erneut als zuverlässige Sachwalter andienen, muß der Kampf für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf weitergeführt werden. Wenn es bisher nur in Einzelfällen zur Praktizierung der Mini-

Fortsetzung auf Seite 2

# Weg mit dem Sozialistengesetz!

Am 22. Juli 1952 verurteilte das Landgericht Frankenthal den damals 22jährigen technischen Zeichner Manfred Fackel wegen seiner Teilnahme an den Weltjugendfestspielen in Berlin im Jahre 51, und weil er vor 52 Personen in einem Lichtbildervor-

trag über das Treffen berichtet hatte. – Am 26. Nov. 1952 verurteilte das Amtsgericht Düsseldorf die Hausfrau Waltraut H. wegen ihrer aktiven Betätigung im westdeutschen Komitee zur Vorbereitung der Weltjugendfestspiele Berlin 1951.

die, die 1973 in Berlin stattfinden werden.

### 1944: Vater von den Nazis hingerichtet 1972: Tochter unter Ausnahmerecht

Am 30. April dieses Jahres wird in Bonn eines der größten Revanchistentreffen in der BRD stattfinden. Die rechtsradikale Deutsche Volksunion DVO, die nicht nur moralisch von der CDU/CSU unterstützt wird, hat zum braunen Marsch auf Bonn aufgerufen, um die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau zu verhindern. Zur selben Zeit, da die Revanchisten zum Großangriff rüsten, wird in München der DKP-Bezirksvorsitzende von Südbayern, Hans Schneider, wegen eines Aufrufes zu einer Demonstration gegen eine Großkundgebung der DVU am 3. April 1971 zu einer Geldstrafe verurteilt. Zur selben Zeit soll die Hamburger Lehrerin Ilse Jacob aus dem Schuldienst entlassen werden.

Begründung unter anderem: Erstunterzeichnung eines Aufrufes der

Demokratischen Aktion in Hamburg für eine Anti-NPD-Kundgebung im August 69.

Ilse Jacob ist seit ihrer zweiten Lehrerprüfung Lehrerin an der Gesamtschule Alter Teichweg in Hamburg. Sie ist an ihrer Schule Vertrauensmann der GEW, sie ist Mitglied des Hamburger Junglehrerausschusses AjLE. Ilse Jacob ist Mitglied der DKP. Ihr Vater war als Mitglied der KPD in den Jahren vor dem Hitlerfaschismus Bürgerschaftsabgeordneter in Hamburg. Nach 33 dann illegale Arbeit, 34 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, anschließend 4 weitere Jahre „Schutzhäft“ im KZ Sachsenhausen. Nach seiner Entlassung mitgeholfen beim Aufbau einer der größten Widerstandsorganisationen. Am 4. Juli 1944 wiederum verhaftet und im September 44 gemeinsam mit anderen bekannten Antifaschisten wie Anton Saefkow und Bernhard Bästlein im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet. Ihrer Mutter, Katharina Jacob, wurde 44 vor dem Volksgerichtshof in Berlin ebenfalls der Prozeß gemacht.

Fortsetzung auf Seite 2



## Die Grundlage ...

Fortsetzung von Seite 3

Das bedeutet aber auch, daß im GG demokratische Rechte verankert werden mußten, die Kampfforderungen der Arbeiterklasse, der demokratischen Kräfte waren. „Angesichts des offenen Bankrotts des Faschismus und unter dem Druck der arbeitenden Massen konnten bürgerlich-parlamentarische Prinzipien und Rechte durchgesetzt und in das Grundgesetz aufgenommen werden.“ (B. Hartmann, Marxistische Blätter 2,72) Genau diese Rechte und Freiheiten werden eingeschränkt, das GG soll mittlerweile total revidiert werden, alles um die Macht des Monopolkapitals und seines Staates ungehinderten ausbauen zu können.

Gegen diese reaktionäre Politik müssen die fortschrittlichen Kräfte für die Wiederherstellung und die Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten eingetreten. Verfassungsfragen sind immer Machtfragen. Es wird also von der demokratischen Bewegung abhängen, wieviel Demokratie und Freiheit sie gegen das Großkapital erkämpfen.

Wir lassen uns in diesem Kampf leiten von den Aussagen Lenins: „Die ganze Demokratie besteht in der Proklamierung von Rechten, die im Kapitalismus nur sehr begrenzt und sehr bedingt realisiert werden können; ohne diese Proklamierung aber und ohne den unmittelbaren, sofortigen Kampf um diese Rechte, ohne die Erziehung der Massen im Sinne eines solchen Kampfes ist der Sozialismus unmöglich.“ (Lenin, Werke, Bd. 23, S. 69) — Durch die, nur im eigenen Bewußtsein radikale, in Wirklichkeit opportunistische (weil sie die Preisgabe von Kampfpositionen bedeutet) Resolution der linken Sektierer zu den Berufsverboten kann man sich nur von den Massen isolieren. Und für Sektierertum haben wir nichts übrig.

Kampf gegen Militarismus und Reaktion — für Frieden und Abrüstung!

„Die Studenten haben ebenso wie die arbeitende Bevölkerung ein elementares Interesse an Frieden und Entspannung; all ihre sozialen, materiellen und politischen Ausbildungsinteressen; aber auch ihre perspektivischen Forderungen lassen sich nur unter friedlichen Bedingungen realisieren.“ (vds-Programmvorschlag AStA Bonn, Hamburg, Marburg usw.) Sie unterstützen deshalb alle

Schritte, die den Imperialismus zur Anerkennung einer Politik der friedlichen Koexistenz zwingen. Denn: „Die Ratifizierung und Verwirklichung der Verträge, die Schaffung eines kollektiven Systems der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa würden... bessere Bedingungen schaffen für den Kampf der arbeitenden Bevölkerung und der Studenten für die Kürzung des Rüstungshaushalts und gegen die Kräfte der äußersten Reaktion, weil damit der Rechtfertigung der Politik der Aufrüstung und des militärischen Antikommunismus der Boden entzogen würde.“ (vds-Programm AStA Hamburg, Bonn, Marburg, Karlsruhe etc.) Eine Zusammenarbeit mit Kräften, die durch ihre Propaganda gegen die Verträge nur den ultrarechten Kräften in die Hände spielen und die statt eines Europas der Sicherheit und Zusammenarbeit, den Ausbau des „Europas der Monopole“ in Form der EWG befürworten, kann es deshalb nicht geben.

Diese Position wurde auf der vds-MV von den Maoisten vertreten, die der Meinung waren, die Verträge seien „von Moskau“ nur geschlossen worden, um die Hände gegen China frei zu haben, eine Meinung, die auch Franz Josef Strauß vertritt.

Ebenso wie die Ratifizierung wurde von ihnen die Forderung nach einer Europäischen Sicherheitskonferenz abgelehnt, hingegen versuchen sie die Auffassung der chinesischen Regierung zu verteidigen, die in einer Stellungnahme die Ergebnisse der Brandt-Pompidou-Gespräche begrüßt hat, da sie der „westeuropäischen Integration“ förderlich gewesen seien.

Schwierig ist ein Zusammengehen auch mit jenen, die die Ratifizierung der Verträge vertrauenvoll der Regierung überlassen (Sozialistische Fraktion) und die daher objektiv die wirkliche Friedensbewegung in der BRD schwächen, und mit jenen, die eine Forderung nach Senkung des Rüstungshaushalts für ökonomisch unrealisierbar halten (was vom Standpunkt des Rüstungskapitals richtig ist) und lieber den Kopf in den Sand stecken, als mit allen fortschrittlichen Kräften die Abrüstung zu erzwingen.

Nur wer konsequent den Friedenkampf führt, kann die Aktionsweise der Studenten festigen und das Bündnis mit den Arbeitern und Angestellten und ihren Organisationen herstellen.

Keine Einigung im Wissenschaftsausschuß

# Bleibt das Hochschulrahmengesetz auf der Strecke?

Die Auseinandersetzung um das Hochschulrahmengesetz ist in ihre entscheidende Phase getreten. 40 000 Studenten sind am 1. Dezember in allen Teilen der Bundesrepublik auf die Straße gegangen und haben gegen Ordnungsrecht und Staatsaufsicht, für Mitbestimmung und Demokratisierung, für eine Ausbildung und Wissenschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und im Dienste des Friedens demonstriert. Bundesassistentenkonferenz, GEW und ÖTV, ja sogar die Westdeutsche Rektorenkonferenz haben sich entschieden gegen die reaktionären Hochschulrahmengesetz-Pläne von Regierung und Opposition aus-

In den machtvollen Demonstrationen des 1. Dezember, in zahllosen Kundgebungen, Teach-ins und Protestversammlungen in den Fachbereichen und Instituten haben die Studenten deutlich gemacht, daß sie nicht ruhig zusehen werden, wenn man ihnen ihre erkämpften Rechte nehmen will.

Den Plänen der Herrschenden zur völligen Unterwerfung der Hochschulen unter die Interessen des Großkapitals stellen sie ihre demokratischen Forderungen entgegen, wie sie im Aufruf des vds zum 1. 12. formuliert sind: Gegen Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft — für Offenlegung und Kontrolle aller Forschungsvorhaben und ihrer Finanzierung!

## Malers Modell

Daß das keine leere Drohung ist, beweist der bislang geheim gehaltene Schubladenentwurf für ein bayerisches Hochschulgesetz von Kultusminister Hans Maier: Unumschränkte Staatsaufsicht über die Hochschule, ein drakonisches Ordnungsrecht, 2/3-Mehrheit für die Professoren in den Fachbereichsräten und absolute Mehrheit in allen anderen Greminen, zwangsweise Auflösung der verfaßten Studentenschaft, Beschniedigung der studentischen Mitwirkungsrechte durch Quorum und Negativkatalog, das sind die Errungenschaften von Maiers Hochschulgesetz. Nicht genug da-

gesprochen. Nachdem die große Koalition von CDU/CSU und Regierungsparteien auf der Grundlage der Forderungen der CDU/CSU bereits perfekt schien, sind die Beratungen im Wissenschaftsausschuß nunmehr erneut ins Stocken geraten. Ob sich die Kräfte der Formierung durchsetzen werden, oder ob es gelingen wird, sie in die Schranken zu weisen, darüber wird der entschlossene Kampf der Studenten und aller demokratischen Kräfte in den nächsten Wochen und Monaten entscheiden.

sich nicht ausschließlich um akademische Aufgaben handelt“; Zerschlagung der einheitlichen Interessenvertretung der Studenten durch gesetzliche Verankerung des „Austritts aus der verfaßten Studentenschaft“; Ausschluß der Dienstherreneigenschaft der Hochschulen um Hochschullehrer und Assistenten an die Kette der Disziplinargewalt des Kultusministers zu legen; zwangsweise Einführung der Briefwahl und damit Prämiierung von politischer Indifferenz und Uninformiertheit. — In weiteren strittigen Fragen ist bei den Berichterstattungsbesprechungen im Wissenschaftsausschuß in Zusammenarbeit mit der Leussink-Bürokratie eine „mögliche Kompromißlinie“ ausgehandelt worden, die jedoch ein Nachgeben von SPD und FDP gegenüber den Forderungen der CDU/CSU auf der ganzen Linie bedeutet.

Die Quittung für diese Politik haben die Regierungsparteien erhalten: die Massendemonstrationen des 1. Dezember, einhellige Proteste von den Jungsozialisten bis zur Westdeutschen Rektorenkonferenz, von GEW und ÖTV bis zur Katholischen Deutschen Studenteneinigung.

Mit ihrer Politik des ständigen Zurückweichens hat die rechte SPD-Führung nur der äußersten Reaktion in der Bildungspolitik den Rücken gestärkt, wie die jüngste „Minimalforderung“ der CDU/CSU nach Abschaffung der Mitbestimmungsregelungen der Hochschulgesetze von Berlin, Hessen und Niedersachsen, vor allem aber der bayerische Hochschulrahmengesetz, das die Fü-

Konzept nicht vom bayerischen Kultusminister diktieren lassen wollen, trägt Leussinks Nachfolger Dohnanyi Rechnung, indem er etwa die Greuelpropaganda, mit der CDU und CSU für ihr Ordnungsrecht hausieren gehen, als „Rufmord an den deutschen Universitäten“ brandmarkt und in Interviews der CDU/CSU den Wind aus den Segeln nimmt mit der nüchternen Feststellung, daß „von 1000 Vorlesungen nur eine gestört“ wird.

## Wissenschaftsausschuß: neue Denkpause

Entsprechend haben sich die Fronten im Wissenschaftsausschuß verhärtet. Seine zweitägige Sitzung am 16./17. 3., die ursprünglich die Beseitigung der großen Koalition in der Bildungspolitik hatte bringen sollen, ist ergebnislos zu Ende gegangen. Von den 12 strittigen Punkten sind lediglich 6 behandelt worden. Einigung erzielte man in einer einzigen Frage: Es soll eine Bestimmung über die Freiheit von Forschung und Lehre ins HRG aufgenommen werden. Doch selbst diese Einigung brachte prompt neuen Konfliktstoff: die SPD will Lehr- und Forschungsfreiheit unter allen Umständen in den Zusammenhang der „Verantwortung vor der Gesellschaft“ gestellt sehen, für CDU/CSU eine „unzulässige Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit“. In den anderen behandelten Fragen (Integrierte Gesamthochschule, Fachaufsicht, Dienstherreneigenschaft der Hochschule, Mitbestimmung, Freiheit



## Zu zwei „Kritik“-Punkten

Die meisten Äußerungen der Linksräder gegen die gewerkschaftliche Orientierung sind nichts als Räsoniererei. Sie regen sich auf über das Motto der VDS-MV „Für eine Uni im Dienste des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts“ und vertreten selbst die Lösung „Für Frieden, Demokratie und Sozialismus.“

Wenn man ihrer Auffassung folgen würde, dann sind sie ebenfalls der Bourgeoisie auf den Leim gekrochen, denn welcher bürgerliche Politiker redet nicht von „Frieden“ und von „Demokratie“; sogar für den „Sozialismus“ sind sie zu haben, allerdings nur für den „demokratischen“.

Daraus zu schließen, man dürfe nicht mehr für Frieden, Demokratie und Sozialismus kämpfen, ist nur als „dümmlisch“ zu bezeichnen.

Die herrschenden imperialistischen Kräfte haben immer eine Politik der Aufrüstung und der Aggression betrieben und die kapitalistischen Produktionsverhältnisse verhindern einen wirklichen gesellschaftlichen Fortschritt (z. B. im Bildungs- und Gesundheitswesen). Deshalb ist die oben angeführte Lösung richtig, weil anti-imperialistisch.

Etwas näher kommt man dem Problem in der Kritik an der Forderung nach familienunabhängiger Ausbildungsförderung und möglichst qualifizierter Ausbildung. Zentraler Kritikpunkt an der Forderung nach familienunabhängiger Ausbildungsförderung ist der, daß die „Sozialisierung der Kosten, der qualifizierten Ausbildung, notwendig zu Lasten der Arbeiterklasse geht“ (Flugblatt der sog. kommunistischen Gruppen), und deshalb den Kampf der Studenten von dem der Arbeiter spalte. Diese Theorie konsequent zu Ende gedacht, müßte es im Interesse der Arbeiterklasse liegen, die Kosten für die Ausbildung insgesamt niedrig zu halten, d. h. möglichst wenig Schulen und

Hochschulen zu bauen. Diese Politik, zwar mit proletarischem Männelchen getarnt, ist reaktionär. Denn natürlich hat die Arbeiterklasse als fortschrittlichste Klasse ein Interesse an der Weiterentwicklung der Produktivkräfte, also auch an einem dementsprechenden Ausbildungssystem. Die gemeinsamen antimonopolistischen Interessen der Arbeiterklasse und der Masse der Studenten verlangen jedoch, daß die Großkapitalisten, die sich die von den Arbeitern geschaffenen Werte aneignen, zur Kasse gebeten werden. Deshalb kann unsere Forderung nur lauten: Für ein materiell abgesichertes Studium durch Kürzung des Rüstungshaushaltes und Bescheidung der Konzernprofite. Dies verbindet auch den materiellen Interessenkampf der Studenten mit den Kämpfen der Arbeiterklasse.

Da gibt es noch einen Punkt. Unser Kampf um Mitbestimmungs- und Kontrollpositionen. Da haben sich unsere Kritiker eine glänzende Widerlegung einfallen lassen. „Mitbestimmung kann nur heißen: mitstimmen — also mit dem Monopolkapital und seinem Staat stimmen.“ Inkonsistent erscheint nur, daß sie selbst (SF und sog. kommunistische Gruppen) in Universitätsgremien sitzen, genauer: ihre Hintertüre wetzen. Denn sie sind dort „Informanten“ (aus einem Diskussionsbeitrag auf der VDS-MV). Das ist nun in der Tat klassischer Opportunismus. Damit haben sie ja eingestanden, daß sie unfähig sind, ihre Gremienpolitik zur Massenarbeit zu nutzen und den Massenkampf mit dem institutionellen zu verbinden. Wir dagegen begreifen den Kampf um Mitbestimmung und demokratische Kontrolle über Forschung und Lehre als Kampf um Gegenmachtpositionen, die der Durchsetzung bestimmter Forderungen (demokratische Studien- und Prüfungsordnung, fortschrittliche Dozenten) zugute kommen.

Für eine demokratische Studienreform durch die Hochschulen und Fachbereiche unter verstärkter Einbeziehung der Arbeiterklasse und ihrer Vertreter — gegen staatlich verordnete Studienreform im Interesse des Monopolkapitals, gegen die Trennung in Elite und Helotenstudium!

Für Mitbestimmung und demokratische Kontrolle in Forschung, Ausbildung, Personalfragen und Planung — gegen Friedenspflicht, Streikverbot und staatlich verordneten Mitwirkungzwang, weg mit dem Quorum!

Für bundeseinheitliche gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft, für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf — weg mit dem Ordnungsrecht!

### CDU/CSU: „Abschaffung der Mitbestimmung“

In der Zeit nach dem 1. Dezember ist die Hetze der CDU/CSU gegen alle demokratischen Bestrebungen an den Hochschulen noch maßloser geworden. CDU und CSU schrauben ihre Forderungen zur Knebelung der Universitäten immer höher. Ihr erklärtes Ziel ist die „Beseitigung der Mitbestimmungsregelungen, die Abschaffung der Mitbestimmung“ (Leitartikel der FAZ v. 4. 1. 72), konkret: die Aufhebung der Hochschulgesetze von Berlin, Hessen und Niedersachsen. „Ein Hochschulgesetz, das dieses Ziel nicht erreicht, wird nicht die Zustimmung der CDU/CSU bekommen“, hat der kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU, Martin, den gegenwärtigen Stand der Forderungen seiner Partei präzisiert.

Gleichzeitig versuchen CDU und CSU die Regierungskoalition zu erpressen. Für den Fall, daß das HRG an der Ablehnung durch CDU und CSU im Bundesrat endgültig scheitert, drohen sie, in den von ihnen regierten Bundesländern Hochschulgesetze zu erlassen, die mit allen Mitbestimmungsansätzen restlos aufräumen werden.

mit, daß nach diesem Gesetzentwurf Ordnungsrecht und Hausrecht der Aufsicht des Staates unterliegen sollen: „Weitere durch Rechtsvorschrift bestimmte Angelegenheiten“ können dem Staat übertragen werden. Mit anderen Worten: Auf dem Verordnungswege kann Kultusminister Maier — unter Umgehung des Parlaments — alle Entscheidungen an sich reißen, indem er sich durch einfache Verordnung die entsprechende Kompetenz verleiht. Die bayerische SPD scheint unterdessen keinen anderen Ausweg mehr zu sehen, als dieser ungeheuren Erpressung nachzugeben: Nur ein Rahmengesetz, „selbst wenn es noch geschwächt werden sollte“, könne für Bayern das Schlimmste verhindern.

### ... zu Dohnanys kleiner Opposition

Je maßloser CDU und CSU in ihren Forderungen wurden, desto mehr hat sich in der SPD die Einsicht durchgesetzt, daß die Politik des ständigen Zurückweichens sich nicht bezahlt macht. Aus diesem Grund mußte Leussink, der sich zu sehr in die Rolle des Protagonisten der großen Koalition in der Bildungspolitik begeben hatte, Mitte März seinen Hut nehmen. Der gewandelten Stimmung innerhalb der SPD, in der derzeit die Kräfte weiter an Boden zu gewinnen scheinen, die sich ihr hochschulpolitisches

schule, Mitbestimmung, Freiheit von Forschung und Lehre, Briefwahl — Quorum) ist die SPD erstmals nicht weiter zurückgewichen. Ergebnis: Der Wissenschaftsausschuß mußte sich nach 2 Tagen Debatte erneut vertagen, diesmal auf den 12. 4. Damit ist mehr als fraglich geworden, ob es vor der Sommerpause des Bundestages zur Verabschiedung des HRG überhaupt noch kommen kann.

Das härtere Auftreten der SPD — denn um mehr handelt es sich nicht — bedeutet jedoch nicht, daß ein HRG, dessen Akzent auf

der Einschränkung der Mitbestimmung und auf der Disziplinierung der fortschrittlichen Kräfte an den Hochschulen liegt, bereits verhindert wäre. Am 14. 3. erst hat die SPD-Bundestagsfraktion mit ihren Beschlüssen zum HRG mehrheitlich ihre ungeborene Bereitschaft zur Einigung auf der CDU/CSU-Linie bekräftigt. Der „Linksrutsch“ der Koalition, von dem der „Kulturpolitische Informationsdienst“ der CDU zu berichten weiß, hat nicht stattgefunden. Die Mehrheit der SPD-Abgeordneten neigt unverändert grundsätzlich einer Politik von Ruhe und Ordnung an den Hochschulen, der Unterordnung von Wissenschaft und Ausbildung unter die Interessen des Großkapitals zu. Die von ihnen verteidigten Positionen stellen — verglichen mit den offen reaktionären Forderungen der CDU/CSU — lediglich das kleinere Übel dar.

In dieser Situation gilt es, den Kampf für die Verteidigung und Erweiterung unserer erkämpften Rechte, gegen die Zwangsjacke für die Hochschulen, gegen Ordnungsrecht und Staatsaufsicht um so entschlossener weiterzuführen. Für die demokratischen Kräfte an den Hochschulen bedeutet das: Den Kampf zu Semesterbeginn und in den folgenden Wochen und Monaten verstärkt fortsetzen! Ob die Kräfte der Formierung sich durchsetzen werden oder ob es gelingen wird, die Verabschiedung des reaktionären HRG zu verhindern, wird von der Geschlossenheit des Kampfes der Studenten und aller demokratischen Kräfte abhängen



# Aufgaben der demokratischen . . . Weg mit dem Sozialistengesetz

## Fortsetzung von Seite 1

sterpräsidentenbeschlüsse kam, so ist dies kein „liberaler Zug“ der Herrschenden, sondern Ergebnis des breiten Protests, der sich überall erhoben hat.

• Jetzt muß es darum gehen, diese breite Bündnisbewegung weiterzuentwickeln, auszubauen und zu erweitern, um die Einstellung der betroffenen Demokraten zu erzwingen, die weitere Praktizierung der Beschlüsse zu verhindern, schließlich ihre Zurücknahme zu erreichen. Die ungezählten Beschlüsse und Stellungnahmen gegen das Berufsverbot — von Gliederungen der SPD, der Jungsozialisten, Gewerkschaften, Jungdemokraten, Lehrern, Professoren und Assistenten — müssen in die Arbeit örtlicher Bürgerkomitees, in Aktionen und Aufklärungskampagnen umgesetzt werden: Den Arbeitern und Angestellten müssen wir verdeutlichen, daß es ihre Kinder sind, die vom Lehrermangel und vom gewerkschaftsfeindlichen und antikommunistischen Ungeist in unseren Schulen betroffen sind, das sie in ihrem eigenen Interesse mitkämpfen müssen. Wir müssen den Herrschenden einen Strich durch die Rechnung machen, die uns mit diesen Verboten einschüchtern, vom Kampf für unsere Interessen und von der Mitarbeit in demokratischen und sozialistischen Studentenorganisationen abhalten wollen!

Der Kampf gegen die Berufsverbote muß auch in diesem Semester verbunden werden mit dem Kampf gegen die politische Disziplinierung durch das geplante Hochschulrahmengesetz. Welche Gründe auch immer dazu geführt haben mögen, daß die Regierung ihre verschärften und den reaktionärsten Vorstellungen der CDU/CSU angepaßte Vorlage nicht wie-

angekündigt Mitte April durch den Bundestag gepeitscht hat, — es gibt keinen Grund, den Kopf in der Hoffnung auf besseres Wetter einzuziehen.

Unsere Forderungen bleiben bestehen: Weg mit Maulkorbparaphren, mit Staatskommissar und staatlicher Fachaufsicht, weg mit dem Ordnungsrecht, gesetzliche Garantie unserer unabhängigen verfaßten Interessenorgane, der ASTen und Fachschaften! Wenn nicht übermorgen für die gesamte BRD Wirklichkeit werden soll, was der bayrische Kultusminister Maier für den Freistaat morgen plant (und das verdient den Namen Kasernenordnung schon mehr als Hochschulgesetz), dann gilt es heute, die Zeit zu nutzen.

• Wir müssen die Bewegung gegen jede Zwangsjacke für die Hochschulen, für Bildung und Wissenschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, im Dienst des Friedens verstärken und verbreitern, Bündnispartner gewinnen, in vielfältigen Initiativen und Aufklärungsaktionen der arbeitenden Bevölkerung verdeutlichen, daß dieser Kampf auch in ihrem Interesse liegt. Wir müssen die Entwicklung genau beobachten und bereit sein, jederzeit einen Versuch, dieses HRG doch noch im Blitzverfahren durchzupeitschen, mit Massenaktionen zu beantworten.

## Bedeutung des VDS

In den Aktionen des letzten Semesters hat sich eindeutig erwiesen, welche Bedeutung dem Verband Deutscher Studentenschaften für den demokratischen Kampf der Studenten zukommt. Es waren die vom Zentralrat des vds entwickelten Lösungen, die in den Aktionen der Studenten von Hamburg bis München vertreten

wurden und die einheitliche Stoßrichtung dieser Aktionen sichtbar machten. Sollten die Versuche pseudorevolutionärer Gruppen, dem vds den Charakter eines Forums für die Diskussion „sozialistischer Strategien“ aufzuzwingen und ihn als Instrument des demokratischen Massenkampfes untauglich zu machen, Erfolg haben, so würde dies eine Schwächung der gesamten Studentenbewegung bedeuten.

Die kommende Mitgliederversammlung des vds muß deshalb ein Programm beschließen, das dem gemeinsamen Handeln unterschiedlicher politischer Kräfte der Studentenbewegung gegen das Monopolkapital dient und die Gemeinsamkeiten unseres Kampfes mit dem der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften zum Ausdruck bringt.

• Wir müssen auch in diesem Semester im Kampf und für den Kampf unsere Interessenorgane, die Fachschaften, ASTen und den vds weiter stärken, sie durch aktive Mitarbeit aller demokratischen Studenten zu noch wirksameren Instrumenten der Interessenwahrnehmung ausbauen.

Von diesen Aufgaben, gemeinsam die Ratifizierung der Verträge durchzusetzen, die Praktizierung der verfassungswidrigen Berufsverbote abzuwehren, gegen die Pläne zur weiteren Formierung der Hochschulen durch HRG und Ländergesetze demokratische Rechte zu erkämpfen und gemeinsam die Fachschaften, ASTen und den vds zu stärken, wird der kommende Zeitabschnitt wesentlich bestimmt sein.

Gemeinsames Handeln lohnt sich, gemeinsames Handeln bringt Erfolge, im gemeinsamen Handeln kann die Studentenbewegung ein noch stärkerer Faktor der fortschrittlichen Bewegung in der Bundesrepublik werden.

## Fortsetzung von Seite 1

Zwar wurde sie aus Mangel an Beweisen freigesprochen, sie wurde aber von der Gestapo in das KZ Ravensbrück eingewiesen, aus dem man sie erst 1945 befreite.

Ilse Jacob, noch Studienrätin zur Anstellung, sollte dieses Jahr in dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übernommen werden. Doch vorher beantragte das Schulumtamt eine Überprüfung durch das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz. Das Schrübbers-Amt lehnte die Berufung in das Beamtenverhältnis ab, „Die vorliegenden Erkenntnisse zeigen, daß J. (Ilse Jacob) sich über einen längeren Zeitraum aktiv im Rahmen kommunistischer Organisationen betätigt hat und noch betätigt. Es bestehen daher erhebliche Bedenken dagegen, daß sie die Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten.“

Außer den schon genannten Begründungen führten die Verfassungsschützer noch folgendes auf: Delegierte am Bundeskongress der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN 1961 in Stuttgart.

SDS-Mitglied und Vorsitzende des SDS an der Universität Hamburg. Teilnahme an einer Reise in die UdSSR im Jahre 1963 (auf Einladung des sowjetischen Veteranen- und Partisanenverbandes). Reisen in die DDR in den Jahren 1966 und 1970.

Unterzeichnung einer Erklärung der Aktion Demokratischer Fortschritt ADF gegen die Einführung der Vorbeugehaft.

Unterzeichnung eines Aufrufes des Schwelmer Kreises für die Herstellung normaler Beziehungen zur DDR.

Mitgliedschaft in der DKP und Mitunterzeichnerin einer Einladung zu einer u. a. von der DKP und der DFU initiierten Aktionskonferenz zur Bildungspolitik im Jahre 1971.

## Die Rechnung wird nicht aufgehen

Wie all die anderen Fälle, die in den letzten Monaten bekanntgeworden sind, so hat auch der Fall Ilse Jacob international als auch innerhalb der BRD zu breiten Protestaktionen geführt. Diese Solidarisierung großer Teile der Bevölkerung, das Ausmaß der Proteste der verschiedenen Organisationen und Verbände und nicht zuletzt die vielen juristischen Gutachten über die Verfassungswidrigkeit des Ministerpräsidenten-erlasses haben dazu geführt, daß man im Hamburger Schulamt nun versucht, den Fall Ilse Jacob herunterzuspielen, daß nun auch andere Ämter vor größeren Säuberungen zurücktrecken. Die von ihrem Rechtsexperten Vogel zum nationalen Wachhund ernannte CDU/CSU sieht sich schon gezwungen, mit einer kleinen Anfrage im Bundestag über Erfolge in der Anwendung der Neuauflage des Sozialistengesetzes die Kommunisten wieder anzuheizen. Sie hofft dabei auf die Unterstützung derjenigen Kräfte in der SPD, denen die im Laufe der Ratifizie-

Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Nicht politisches Duckmäusestum, sondern ein Heer von Kämpfern für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte werden sie ernten.

Dieses neue Sozialistengesetz muß vom Tisch, und jeder, der sich aktiv für die Ratifizierung der Verträge einsetzt, der sich an den Aktionen zum 1. Mai beteiligt, der aktiv gegen das Hochschulrahmengesetz kämpft, jeder, der durch sein politisches Engagement andere überzeugen kann, trägt seinen Teil dazu bei.

## Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS als Taschenbuch

308 Seiten, mit Photos, DM 6,-

Aus dem Inhalt: Matthiessen: Zur Entstehungsgeschichte des SPARTAKUS — Hauptreferat — alle Diskussionsbeiträge — Bericht der Antragskommission zur Grundsatzklärung — Auszug aus der Diskussion — Grundsatzklärung — Satzung — Pressepiegel u. a.

Erhältlich am Spartakus-Büchertisch oder bestellen:

Name \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Ich bestelle per Nachnahme

(Versand nur per Nachnahme möglich)

..... Exemplar(e) des Protokolls.

Schicken an: Bundesvorstand des  
MSB SPARTAKUS,  
53 Bonn, Sternenburgstraße 73

# Links gleich rechts?

## Rote Blätter Interview mit dem Ehrenvorsitzenden der DKP, Max Reimann

### Rote Blätter:

In der bürgerlichen Presse und in den Verlautbarungen der Bundesregierung werden die organisierten Neonazis gleichgestellt mit den konsequent sozialistischen Kräften, gleichgestellt mit den Kommunisten; es existiert die Phrase vom „Links gleich Rechts“. Welche Absichten verfolgen die herrschenden Kreise damit?

### Max Reimann:

Der Versuch, links und rechts gleichzusetzen, ist nicht neu. Ihn gab es auch in der Weimarer Republik. Damit war immer die Diffamierung, Verfolgung und Unterdrückung der konsequenten sozialistischen Kräfte, vor allem der Kommunisten verbunden. Die herrschenden Kreise und auch Mitglieder der SPD-Führung behaupten zwar, sie seien sowohl gegen rechts als auch gegen links. Damit soll verschleiert werden, daß sich ihre Angriffe ausschließlich gegen links richten. Die rechten Kräfte, das sind doch die Vertreter des Großkapitals wie Barzel und Strauß. Sie gehören zu den eifrigsten Verfechtern der Gleichsetzung von links und rechts.

Nehmen wir die jüngste Praxis. Die Ministerpräsidenten der Länder haben einen Beschuß gefaßt, wonach Angehörige aller sogenannten radikalen Parteien und Gruppen nicht im öffentlichen Dienst tätig sein dürfen. Es gibt aber kein einziges Beispiel dafür, daß ein Angehöriger der CDU, der revanchistische Forderungen vertritt, daß ein Mitglied der NPD oder der Aktion Widerstand aus dem öffentlichen Dienst entfernt wurde. Es ist bekannt, daß viele belastete Nazis vor allem im Schuldienst tätig sind. Der Beschuß des Hamburgischen Senats richtet sich ausschließlich gegen Kommunisten und andere Demokraten. Sie wurden unter Bruch des Artikels 3 des Grundgesetzes aus dem Schuldienst entfernt bzw. nicht eingestellt.

### Rote Blätter:

Als nach dem Ende des faschistischen Völkermordens 1945 die de-

mokratischen Parteien wieder zugelassen und alle nazistischen Organisationen verboten wurden, war die KPD mit einer jener Parteien, die in allen Besatzungszonen mit ihrer konsequent antifaschistischen Aufbauarbeit im Interesse der Werktätigen begann. Wurde damals dieses Schlagwort von „Links gleich Rechts“ schon gebraucht?

### Max Reimann:

Die KPD brauchte sich nach 1945 nicht neu zu gründen. Ihre Mitglieder kamen aus den Konzen-



trationslagern, aus den Zuchthäusern, aus der Emigration und der Illegalität, wo sie aktiv gegen den Faschismus gekämpft haben. Trotz grausamen Terrors ist es dem Hitlerfaschismus nicht gelungen, die Kommunistische Partei zu vernichten. Es stimmt, daß die Kommunistische Partei von der ersten Stunde an nach dem Sieg über den Faschismus für den Aufbau eines demokratischen Deutschlands gemeinsam mit anderen Demokraten, vor allem mit Sozialdemokraten, aktiv tätig war. Zur damaligen Zeit war es nicht möglich, in der Form, wie das heute geschieht, links und rechts

gleichzusetzen. Von niemandem wurde bestritten, daß die KPD eine traditionell demokratische Partei ist. Alle Welt wußte, daß die Kommunisten den größten Anteil im Kampf gegen den Faschismus hatten und daß sie in diesem Kampf die größten Opfer gebracht hatten.

Aber schon damals setzten die Antikommunisten, vor allem die Vertreter der CDU/CSU, den Begriff des Totalitarismus in die Welt, um eine antifaschistisch-demokratische Erneuerung in den drei westlichen Besatzungszonen zu verhindern.

### Rote Blätter:

In gleicher demagogischer Weise verwenden heute ebenfalls bürgerliche Ideologen den Begriff von den „totalitären Staaten“, sprechen sie vom Totalitarismus faschistischer Staaten wie Spaniens und Griechenlands und setzen ihn gleich mit einem vorgeblichen „Totalitarismus“ in den sozialistischen Ländern.

### Max Reimann:

Wie gesagt, dieser Begriff gehört zum antikommunistischen Arsenal. Damit wird die Bewölkerung bewußt belogen, soll sie in die Irre geführt werden.

Wie ist es wirklich? In den sozialistischen Staaten ist die Herrschaft der Monopole und Banken beseitigt, ein Mißbrauch wirtschaftlicher Macht ausgeschlossen. Es gibt weder Ausbeuter noch Ausgebeutete. Was die Gesellschaft erarbeitet, stecken sich nicht einige wenige in die Tasche. Es gehört dem ganzen Volk. Es herrschen die Arbeiter und Bauern, die die Mehrheit der Bevölkerung darstellen. Die Minister kommen vorwiegend aus ihren Reihen. Wer sich unvoreingenommen mit dem Leben der sozialistischen Staaten vertraut macht, wird feststellen, daß es nirgends so viel echte Demokratie, echte Mitgestaltung und Mitbestimmung der Arbeiter und Werktätigen in der Gesellschaft gibt, wie gerade dort.

Die Herrschaft der faschistischen Diktaturen, das ist die Herrschaft

einer kleinen Gruppe der reaktionärsten und terroristischen Schicht der Großbanken, der Konzerne und des Großgrundbesitzes, so wie es seinerzeit auch unter dem Hitlerfaschismus war, gegen die wir Kommunisten einen aufopferungsvollen Kampf geführt haben. In diesen Ländern gibt es für das Volk keine Rechte. Demokraten und Sozialisten werden verfolgt und eingekerkert. Es wird mit dem Begriff von den totalitären Staaten der Versuch unternommen, den Klassencharakter faschistischer Diktaturen zu verschleiern, von den wahren Machtverhältnissen in der Bundesrepublik abzulenken und den Sozialismus zu diffamieren.

### Rote Blätter:

Aus der Tradition des antifaschistischen Kampfes sind die Kommunisten nicht wegzudenken, sie sind hier die führende Kraft gewesen und sie sind es heute noch. Welche Erfahrungen aus der Zeit der Hitlerdiktatur und der Zeit nach 1945 sind für die Demokraten und Kommunisten gerade heute zu beherzigen?

### Max Reimann:

Die wichtigste Erfahrung besteht darin, daß Kommunisten und Sozialdemokraten sich gemeinsam mit ihren eigenen Forderungen gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus zur Wehr setzen. In der faschistischen Diktatur wurde kein Unterschied gemacht zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Beide wurden verhaftet, in Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager eingesperrt und zu Tausenden ermordet. Die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten wird es auch erreichen,

die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen, die notwendig ist, um erfolgreich eine demokratische Umwandlung von Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik herbeizuführen, in der die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen Schichten die entscheidende Rolle spielt, wie das auch auf dem Düsseldorfer Parteitag der DKP dargelegt und gefordert wurde.

## Kurz notiert

### NPD wirbt weiter für CDU

Stuttgart, (ppa) — Die NPD will in Baden-Württemberg, nachdem sie ihre 70 Kandidaten zugunsten der CDU zurückgezogen hat, verstärkt dazu auffordern, dieser Partei die Stimme zu geben. Dies erklärte der NPD-Pressemacher Weinrebe kürzlich in Stuttgart. Mit einer Gesamtauflage von drei Millionen Wahlkampfzeitungen werde dargelegt, daß die „Stimmenzahlen der NPD“ notwendig seien, um im Bundesrat „eine Linke Mehrheit“ zugunsten der Ostverträge zu verhindern. Ferner will die NPD ihrem Sprecher zufolge 300 000 Plakate mit Schlagzeilen wie „Verzicht ist Verrat“ aushängen. Die eingedruckte Aufforderung „Wählt Liste 4“, sagte Weinrebe, würden mit Hinweisen „Wählt CDU“ oder „Wählt diesmal richtig“ überklebt. Wenn der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger sich von der NPD distanziert habe, so müsse gesagt werden, auf dem flachen Land gäbe es genug CDU-Leute, die sich der NPD-Forderung anschließen. Schließlich sei Filbinger „nicht die CDU“.

### Unternehmerhumor

arbeitgeber: Wie viele Pfennige Gewinn bleiben dem Unternehmer von einer Mark, die der Kunde bezahlt?

Schnitker: Für das Handwerk läßt sich das einfach nicht generell sagen. Da muß innerhalb der einzelnen Handwerkszweige sehr genau differenziert werden. Für die Industrie schätzt die neutrale „Deutsche Gesellschaft für Anlageberatung (DEGAB)“ für 1971, daß die Umsatzrendite in den großen Industriebereichen zwischen 1 Prozent und maximal 3,5 Prozent schwankt. Von einer Mark entfallen also in der Industrie nur 1 bis 1,5 Pfennig auf den Gewinn.

(aus: „der arbeitgeber“. Nr. 22/71)

### Neue „Volksgemeinschaft“

Nürnberg, (ppa) — Die CDU habe bei der Bundestagsdebatte über die Verträge von Moskau und Warschau vorzügliche „NPD-Argumente gebraucht“. Dies erklärte vor 1000 Aktivisten der rechtsextremen Partei aus der Bundesrepublik und Westberlin auf dem Bundeskongress in Nürnberg der NPD-Vorsitzende Martin Mussgnug. In einer vom Vorstand vorgelegten „Grundsatzklärung“ wurde der Bundesregierung das Recht abgesprochen, endgültige Vereinbarungen über Grenzen zu treffen. In dieser Erklärung werden die Verträge als „rechtswidrig und von Anfang an null und nichtig“ bezeichnet.

Der NPD-Vorsitzende Mussgnug behauptete, daß die Verträge mit Moskau und Warschau „leicht korrigiert“ werden könnten, da die Möglichkeiten erneuter Verhandlungen allein „von der Stärke oder Schwäche der Bundesrepublik und des westlichen Bündnisses“ abhänge. In Anlehnung an ein Zitat des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß sagte Mussgnug: „Es kommt in der Politik nicht nur darauf an, daß man scheinbar recht hat, sondern daß man recht behält“. Mussgnug beschwore die „Wiederherstellung einer Volksgemeinschaft“ und eines Staates „von Recht und Ordnung“, um die Kontinuität der Geschichte wiederherzustellen.

Auf dem Bundeskongress der neonazistischen NPD wandte sich der stellvertretende Parteivorsitzende Felix Buck gegen eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und forderte den Ausbau der westeuropäischen Union unter Führung eines „geeinten Deutschlands mit einer Reichshauptstadt Berlin“. Buck erhob den Kampf um die Revision der im Ergebnis des zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen unter dem Beifall der Konferenz zur „Lebensaufgabe“.

## 24. o. MV des VDS:

# Demokratischer Dachverband oder Sektiererclub?

Der herrschenden Klasse und ihren Hilfsgruppen an den Hochschulen war der vds ein Dorn im Auge. Nachdem der Finanzstopp der Bundesregierung nicht zum gewünschten Ergebnis geführt hatte, wurden die rechten Handlanger der Industrie- und Bankbosse aktiv. Durch Einschaltung der Klassenjustiz sollte der vds liquidiert werden. Die Begründung dafür liegt auf der Hand: Seit der Marburger MV hatte der vds wichtige Funktionen bei der Initiierung und Koordinierung des studentischen Kampfes

Den Herrschenden mußte es also darauf ankommen, den vds zu schwächen, ihn von der Masse der Studenten zu isolieren. Dies besonders in der konkreten politischen Situation, in der sie daran gehen, mit dem HRG eine Zwangsjacke für die Hochschulen zu schneldern und mit dem Ausnahmerecht der Berufsverbote alle Demokraten materiell zu bedrohen.

Von daher war die Aufgabe der 24. o. MV des vds klar bestimmt: es ging um die Herstellung der Einheit der fortschrittlichen Studenten in den anstehenden politischen Fragen; es ging um die Weiterentwicklung des vds.

Das wurde auf der MV von einer Negativkoalition linkssektierischer bis rechter Grüppchen verhindert — zur Freude der herrschenden Klasse.

Notwendig ist deshalb jetzt, durch die intensive, sachliche Diskussion in der Studentenschaft die Bedingungen für eine Aktionseinheit der studentischen Massen im antiimperialistischen Kampf, für einen vds der Aktionseinheit zu schaffen. Um so merkwürdiger ist es allerdings, wenn die verschiedenen ultralinken Grüppchen und Zirkel zum einen die Auseinandersetzung auf der MV jetzt zu verfälschen versuchen und zum anderen der Debatte um die wesentlichen Fragen immer noch aus dem Weg gehen. Das erste würden sie besser unterlassen — das Wortprotokoll der MV wird ihre Lügen wie ein Kartenhaus zusammenbrechen lassen.

Und das zweite wird ihren Niedergang in der Studentenbewegung nur beschleunigen.

### Charakter und Aufgaben des vds

Welche Antwort wurde von den verschiedenen Gruppen gegeben zum Charakter und zu den Aufgaben des vds?

— von den auf der MV vertretenen rechten Gruppen (z. B. dem DSU-AStA Clausthal) gar keine. (Was die DSU nicht hindert, sich nunmehr als konkrete studentische Interessenvertretung aufzuspielen)

— von den um den Münchener Rote-Zellen-AStA gruppierten ASten wurde ein Minimalprogramm vorgelegt, das sie schon vor zwei Jahren, zwecks Minimierung der politischen Praxis auf den Nullpunkt hin vorgelegt hatten.

„Der vds muß die Funktion eines informellen Umschlageplatzes haben... (Der vds hat) den Aufbau sozialistischer Gruppen zu unterstützen durch Überlassung von Materialien, durch seine Druckkäpazitäten.“ (Antrag Uni München)

„Wir (also die Münchner Roten Zellen) können auch auf den vds verzichten und auch auf den AStA verzichten...“ (aus einem Diskussionsbeitrag zur Begründung des Antrags)

Im Interesse der Studenten wäre es wünschenswert, wenn diese Gruppe damit ernst machen würde.

gegen das unzureichende Ausbildungsförderungsgesetz, gegen ein reaktionäres Hochschulrahmengesetz, gegen die Berufsverbote bekommen. Es war dem vds gelungen, breite Bündnisse über den Hochschulbereich hinaus (v. a. auch mit Gewerkschaften) zu schließen. Die Konsolidierung des vds war so sichtbarer Ausdruck des zunehmend zielgerichteten, bewußten Kampfes großer Teile der Studenten an der Seite der arbeitenden Bevölkerung gegen das Monopolkapital.

— von der KSG/ML (ASten Tübingen, Stuttgart) wurde weder ein Programm noch Anträge zu allen wichtigen Fragen vorgelegt. Dafür brachte man tiefshürfende Analysen über den Widerspruch von oben und unten im vds, oder über den Widerspruch zwischen der Notwendigkeit des einheitlichen Vorgehens und der politi-

terogenität der Politik die in den einzelnen ASten gemacht wird einfach unter den Tisch gewischt.“ (Diskussionsbeitrag AStA Tübingen) Wie soll diese heterogene Politik des vds aussehen?

— von der „Sozialistischen Fraktion“ (AStA Gießen, Bochum, Freiburg usw.) wurden ähnlich inhalts-

an bestimmten Zielen... (an welchen?)

Und dieses Ziel hier auf der MV ist ganz klar (jetzt kommt's) wir wollen einen vds durchsetzen und Beschlüsse auf dieser vds-MV durchsetzen, die den Bündnischarakter des vds ganz deutlich machen...“ Klares Ziel? Hier wird doch das Bündnis durch das Bündnis erklärt. Aber sehen wir weiter. „Unser Aktionsprogramm ist eine Diskussionsgrundlage, die u. E. klar die Schwerpunkte für die vds-Politik des nächsten Jahres angibt... Wir haben in unserem hochschulpolitischen Teil den Schwerpunkt gelegt auf den Aufbau von Fachkonferenzen und die Stärkung der Projektbereiche, mit dem Ziel, daß darüber der vds in der Lage ist, den dezentral an den Fachbereichen geführten Kampf der studentischen Gruppen überregional zu koordinieren...“ (Aus Diskussionsbeiträgen der SF)

Eine Antwort auf die politischen Fragen? Was soll denn „koordiniert“ werden? Deutlicher steht es im Aktionsprogramm der SF zu lesen: „Im Rahmen des vds muß die Artikulation und Durchführung verschiedener sozialistischer Strategien möglich sein.“ Der vds solle „zur Weiterentwicklung sozialistischer Theorie und Praxis“ beitragen. Das ganze sollte also ein pluralistischer sozialistischer Verband werden.

— von den auf der MV vertretenen sog. „kommunistischen“ Gruppen (AStA Heidelberg usw.) wurde selbst ausgesagt, sie seien derzeit nicht in der Lage ein wirkliches Konzept für die vds-Arbeit vorzulegen. Das hinderte sie aber nicht daran, zu erklären, eigentlich gebühre ihnen die „führende Rolle“, die sie demnächst auch wahrzunehmen gedachten. Auf jeden Fall behaupteten sie, dürfe der vds in seiner Arbeit nicht an den materiellen und politischen Interessen der Studenten anknüpfen. Auf die Frage, wie denn sonst der Kampf an den Hochschulen zu führen wäre, ohne in Sektierertum oder eine Politik der moralischen Appelle zu verfallen, gab es von ihnen keine überzeugende Antwort. Da diesen Gruppen die überzeugenden Argumente für ihre Ablehnung der gewerkschaftlichen Orientierung fehlten, versuchten sie es mit Verdrehungen. So behaupteten sie z. B. immer wieder, das Kernstück der gewerkschaftlichen Orientierung sei die „amtliche und bürgerliche Ausbildungsförderung (das Studentengehalt), ohne diese seltsa-

me Auffassung zu begründen. Alles nach dem Motto: man nehme eine einzelne Forderung des Gesamtprogramms, die man für die umstrittenste hält heraus, um sich so vor einer Grundsatzdiskussion zu drücken.

— die von den Jungsozialisten maßgeblich getragenen ASten Köln und Saarbrücken schließlich waren auch ohne eigene Vorstellungen auf die vds-MV gekommen und sahen ihre Hauptaufgabe darin, die „SF“ zu unterstützen, die wiederum diese Unterstützung allein dazu benutzte, die Verabschiedung eines vds-Programms zu verhindern. Wenn die JuSo-ASten erklären, sie seien mit den Grundsätzen der gewerkschaftlichen Orientierung einverstanden, dann sollten sie dementsprechend handeln und sich nicht zum SF-Anhänger machen lassen. —

### Einige Alternative: gewerkschaftliche Orientierung

Keine der Gruppen, die gegen SHB und Spartakus auftraten, waren in der Lage, eine klare positive Antwort auf die Frage nach dem Charakter und den Aufgaben des vds zu geben.

Wie sieht nun unsere Konzeption für den vds aus? Zum Charakter der ASten, Fachschaften und des vds wird im Hauptresolutionsvorschlag festgestellt: Gewerkschaftliche Orientierung heißt: die Organe der verfaßten Studentenschaft (Fachschaften, AStA, vds) als Instrumente im studentischen Kampf zu nutzen und sie zu Interessenorganen der Mehrheit der Studenten auszubauen.

Um diesem Charakter von Fachschaften, AStA und vds zu entsprechen, müssen alle politischen und organisatorischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß in den Fachschaften eine möglichst große Zahl von Studenten politisch aktiv werden kann, und so am unmittelbaren Interessenkampf teilnehmen — ungeachtet ideologischer und politischer Differenzen. Dazu ist weiterhin notwendig, daß die Fachschaften, AStA und vds die verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der Studentenschaft im Sinne der gewerkschaftlichen Orientierung zusammenarbeiten, daß sowohl in der Programmatik als auch in der politischen Praxis der Bündnischarakter der gewerkschaftlich orientierten Organe der Studenten berücksichtigt wird.



schen Zersplitterung der Studentenbewegung. „Meines Erachtens hat er (der vds-Vorstand) diesen Widerspruch überhaupt nicht gelöst, sondern hat die eine Seite, nämlich die Frage der politischen Zersplitterung, die Frage der He-

schwere Aussagen hinsichtlich des Charakters des vds getroffen. Auch von ihr wurde der Bündnischarakter des vds stark betont. Doch auf welcher Grundlage? ... wir gehen davon aus, daß ein Bündnis sich festmachen muß

# Die Grundlage der Einheit im VDS

**Grundlage für eine Aktionseinheit im vds kann unserer Meinung nach nicht eine Aufzählung der diversen hochschulpolitischen Organisationen und / oder das Feststellen mehr oder weniger zufälliger Übereinstimmungen in dieser oder jener Frage sein, – Grundlage muß ein politisches Programm sein, das anknüpfend an die Interessen der Masse der Studenten und an ihre Kampferfahrungen, die Studenten in den Kampf gegen das Monopolkapital und seinen Staat führen kann.**

In dem vom MSB Spartakus unterstützten Programm werden die Grundlagen für einen einheitlichen antiimperialistischen Kampf der Studentenschaften im vds aufgeführt und zu konkreten Aufgaben und Aktionen vermittelt.

Welches sind die Hauptpunkte dieses Aktionseinheitsprogramms?

**Den Kampf für die materiellen Interessen der Studenten antimono-politisch führen!**

Die Entwicklung der Studentenbewegung hat gezeigt, daß die Studenten in Widerspruch geraten zum Monopolkapital und seinem Staat, wenn sie den Kampf um die Durchsetzung ihrer Interessen aufnehmen. Studenten werden konfrontiert mit dem n. c., mit überfüllten Vorlesungen und Seminaren, unzureichend ausgestatteten Bibliotheken und Laborräumen, mit mangelnder finanzieller Absicherung ihres Studiums, mit Wohnraumnot, schlechter Krankenversorgung usw. Ge-

gen diese direkt erfahrbaren Zustände haben sie den Kampf aufgenommen und machen die Erfahrung, daß der Haushalt für Bildung und Wissenschaft im Gegensatz zum Rüstungshaushalt nicht annähernde Höhe und Steigerungsrate zu verzeichnen hat, daß der n. c. festgeschrieben und ausgeweitet wird, daß das BaFöG nicht ausreicht und die Vergabe mit politischer Disziplinierung verbunden ist, daß Wohnraumnot nicht ihr individuelles Problem ist, sondern der gesamten werktätigen Bevölkerung auf den Nägeln brennt und etwas zu tun hat mit Bodenspekulation und Mietwucher.

Der materielle Interessenkampf der Studenten als in ihrer Mehrheit perspektivisch Lohnabhängige führt sie zu der Erkenntnis ihrer Interessenslage; es wird ihnen bewußt, wo ihr Gegner ist und daß sie diesen Gegner nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse erfolgreich bekämpfen können.

Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial über den MSB SPARTAKUS.

Name \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Hoch- bzw. Fachhochschule \_\_\_\_\_

Schicken an: MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Sternenburgstraße 73

## ROTE BLÄTTER EXTRA

Herausgeber: Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Sternenburgstraße 73; Verantwortlich: Roland Lang; Druck: H. Rühl, Krefeld.

In der Hauptresolution wird dazu ausgesagt: „Wie die Studenten für mehr Chancengleichheit durch Verbesserung der Ausbildungsförderung und für eine inhaltliche Reform der Ausbildung ... eintreten, so kämpfen auch die LehrerInnen und jungen Arbeiter in den Betrieben für materielle Verbesserungen und für ein Ausbildungssystem, das Ihnen eine höhere Qualifikation ermöglicht. Dabei stehen sie den Interessen gegenüber, denen sich auch die Studenten in ihrem Kampf konfrontiert sehen: den Profit- und Herrschaftsinteressen des Kapitals und seines Staates.“

## Eine demokratische Studienreform erkämpfen!

Da ein Teil der Praxis der Studenten die Konfrontation mit der bürgerlichen Wissenschaft ist und der Adressat jeglicher ihrer Forderungen der Staat ist, der materielle Interessenkampf der Studenten nicht zu lösen vom politisch-ideologischen Kampf.

Das HRG beschert ihnen Studiengänge und Prüfungsordnungen auf deren Gestaltung sie keinen Einfluß haben, kanalisiert sie in Studiengänge, die ihnen keine umfassende Grundlagenqualifikation ermöglichen und behält ein Ordnungsrecht in der Hinterhand, das sie von ihrer Interessenwahrnehmung abschrecken soll. Fragen der Ausbildung sind immer zugleich Fragen der Ausbildungsinhalte. Dabei geht es den Finanzmagnaten und ihren staatlichen und professoralen Ausführungsorganen darum, die Studenten weiterhin zu willfähriger Interessenvertretern ihrer Belange zu erziehen.

Antikommunismus und Elitederken sollen die Studenten „besiedeln“. Dagegen setzen wir den geschlossenen Kampf aller Demokraten an der Hochschule und in den Gewerkschaften. Eine Hauptaufgabe des vds besteht deshalb

darin, mit der BAK, der GEW, den anderen DGB-Gewerkschaften zu einheitlichen Forderungen gegen die staatsmonopolistische Formierung zu kommen. Im Aktionsprogramm ist dem vds als Richtlinie im Kampf gegen das HRG gegeben:

Der vds „vertritt die Forderung nach einer Studienreform mit Lehrinhalten, die auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und die friedliche Zusammenarbeit der Völker orientiert sind. Bestandteil dieser Forderungen ist auch die reale Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen, die als Hebel gegen den herrschenden Einfluß des Großkapitals auf die Hochschulen und gegen die undemokratische Fachaufsicht des Staates gerichtet ist.“

## Für die Aufhebung der verfassungswidrigen Berufsverbote!

Mit dem Beschuß der Ministerpräsidentenkonferenz, mit dem Ordnungsrecht, sollen allen politisch aktiven Studenten, Lehrern

und Wissenschaftlern und allen fortschrittlichen Beamten im öffentlichen Dienst, die für die Erweiterung demokratischer Rechte usw. eintreten, politische Grundrechte genommen und ihre materielle Existenz bedroht werden. Der Kampf gegen die Berufsverbote und den Abbau demokratischer Rechte ist deshalb einer der zentralen Punkte in einem vds-Programm.

Die Praxis der letzten Monate hat gezeigt, daß es möglich ist, die verschiedensten demokratischen Kräfte in diesen Kampf einzubeziehen — trotz ideologischer Meinungsverschiedenheiten. Daß das nicht nur möglich, sondern auch unerlässlich ist, wenn dieser Kampf erfolgreich sein soll — das wird von einigen maoistischen Gruppen immer noch nicht eingesehen, wie die Diskussion auf der vds-MV erneut gezeigt hat.

So konnte eine auf der vds-MV vom AStA Uni Heidelberg (KHC/NRF) eingebrachte und schließlich verabschiedete Resolution zu den

Berufsverboten vom MSB Spartakus nicht unterstützt werden. Nicht weil sie uns zu „radikal“ schien. Unser Haupteinwand betraf auch nicht die Forderung, den Kampf gegen die Berufsverbote auf den Kampf gegen das KPD-Verbot zuzuspitzen. Der Vorwurf der Heidelberger Maoisten, der in diesem Zusammenhang geäußert wurde, der Spartakus habe die Bedeutung des KPD-Verbots nicht erkannt, ist einfach lächerlich. Kern der Auseinandersetzung war vielmehr die Frage: Sind die Berufsverbote verfassungswidrig oder nicht? Wie soll man die Verfassung der BRD, das Grundgesetz, einschätzen.

Die Position der Maoisten und anderer war: die Berufsverbote bewegen sich völlig im Rahmen der bürgerlichen Demokratie. Das Grundgesetz sei „genau die gesetzmäßige Formel der Restauration in Westdeutschland“. (Diskussionsbeitrag, SF) Am konsequentesten waren die Freunde vom AStA Uni München: „Berufsverbote bedeuten ... keine Rechtsentwicklung, sondern konsequente Auslegung der Verfassung.“ (Zur Kritik der vds-Politik)

Wir gehen dagegen davon aus, daß die Berufsverbote einen weiteren Höhepunkt des Abbaus demokratischer Rechte, des Abbaus bürgerlicher Demokratie darstellen. Offensichtlich sind den Herrschenden gerade im GG verankerte Rechte und Freiheiten ein Dorn im Auge bei der Festigung und Ausweitung ihrer Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Seit Verabschiedung des GG wurden wesentliche Bestimmungen verändert. (S. Rote Blätter Nr. 4)

Das ist deshalb so, weil das Recht nur die Widerspiegelung der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse ist, also des Kräfteverhältnisses der Klassen!

Fortsetzung Seite 4

